

I 007**Ulrich Thöne und Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, IG Metall und Nahrung-Genuss-Gaststätten**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Angenommen als Material zu Antrag I 004

Solidarität mit den verfolgten Gewerkschaften in Kolumbien – Nein zu einem Freihandelsabkommen der EU mit diesem Land!

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

In dieser Woche kommen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und Lateinamerikas in Madrid zu ihrem sechsten Gipfeltreffen zusammen. Sie tun dies in einer Zeit, in der es nicht gut steht um die Menschen- und Gewerkschaftsrechte in vielen Ländern des amerikanischen Subkontinentes. Das Land mit der schlimmsten Bilanz bei der Verletzung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten ist Kolumbien. Kein anderes Land der Welt ist so gefährlich für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wie Kolumbien. Nach Zählungen der kolumbianischen Gewerkschaften, die auch von unabhängigen Menschenrechtsorganisationen bestätigt wurden, sind in den letzten beiden Jahrzehnten mehr als 2.700 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ermordet worden. Alleine im vergangenen Jahr wurden 48 Kolleginnen und Kollegen getötet. Damit kommen 60 % der weltweit gezählten gewerkschaftlichen Opfer tödlicher Gewalt allein aus diesem einen Land.

In Solidarität mit den kolumbianischen Gewerkschaftsdachverbänden CUT, CTC und CGT fordert der 19. Ordentliche Bundeskongress des DGB die europäischen Staats- und Regierungschefs dringend auf, der kolumbianischen Regierung jetzt ein unmissverständliches Signal zu senden und das geplante Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien nicht zu unterzeichnen, solange dort nicht die grundlegenden Menschen- und Gewerkschaftsrechte respektiert werden.

Für den DGB gilt das Prinzip: Menschenrechte haben Vorrang vor Handelspräferenzen. Und deshalb muss der politische Druck auf die Regierung von Alvaro Uribe erhöht werden, damit das Morden in Kolumbien endlich ein Ende nimmt.

Der 19. Ordentliche Bundeskongress empfiehlt dem Europäischen Rat dringend, sich nicht über die zahlreichen Proteste von europäischen Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und Menschenrechtsorganisationen hinwegzusetzen. Er erwartet insbesondere von den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes, dass sie das Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien spätestens im parlamentarischen Ratifizierungsverfahren stoppen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden auch in Zukunft praktische Solidarität mit unseren verfolgten Kolleginnen und Kollegen aus Kolumbien üben und durch entsprechende Projekte der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit dafür sorgen, dass einzelne bedrohte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter besser geschützt werden können und ihre Organisationen die Hilfe erhalten, die sie für ihre tägliche Arbeit brauchen.